Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten, Briefträger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Nachlaßanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 211 — 88. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Dienstag, den 10. September 1929

Die Bedeutung der Sparkassen.

Es gibt in Deutschland Leute, die das Sparen — verurteilen. Aus volkswirtschaftlichen „Gründen". Denn nur wenn mit allem vorhandenen Geld der Konsumbedarf möglichst befriedigt, die Kaufkraft also bis zum letzten Pfennig ausgenutzt, nicht gespart, sondern alles ausgegeben wird, was der einzelne verdient, als Gehalt oder Lohn bezieht — dann werde die gewaltige Nachfrage nach Waren aller Art die Erzeugung und den Handel weitgehend anspornen, einer raschen volkswirtschaftlichen Blüte entgegenführen. Das Sprichwort: „Spare in der Zeit dann hast du in der Not" ist nach dieser Anschauung ein volkswirtschaftlicher Unsinn.

Dabei vergißt man nur eins: Sparen heißt doch den Verbrauch des Geldes, eines Teiles des Einkommens usw. nur hinauszuschieben, heißt nicht, ihn in seinem Gesamtumfang genommen, nun ein für allemal einzuschränken. Das ersparte Geld wird nur anderswo verwendet, wo es volkswirtschaftlich Früchte trägt. Weil man ja nicht nur spart, um in der Zeit der Not zu „haben" sondern weil auch die augenblickliche Konsumeinschränkung noch besonders ertragreich sein soll durch den Genuß von Zinsen für das ersparte Geld, denn das Zeitalter des in der Kommode verborgenen, sorgfältig für das Alter aufgehobenen „Sparstrumpfes" ist ja vorbei.

Schließlich bedeutet ja z. B. auch unsere gesamte Sozialversicherung nichts anderes als eine immer weitergehende Durchführung jenes Sprichworts. Vor allem die Alters- und Invaliditäts-, die Angestellten- und die Knappschaftsversicherung. Und dagegen zu polemisieren ist doch wohl kaum jemand eingefallen.

Diese „Andersverwendung" des nicht für den Konsum verbrauchten Einkommens ist aber für die Volkswirtschaft von allergrößter Bedeutung. Die Erträgnisse, die sie abwirft, dürfen nicht bis zum letzten verbraucht werden, sondern erhebliche Teile dieses Ertrages sind notwendig, um die Wirtschaft selbst in Gang zu halten, ihre Betriebe, Maschinen ständig zu erneuern, zu verbessern, zu erweitern. Dazu braucht man — Geld. Und jener Teil des Ertrages, der für diese Erneuerung, Verbesserung, Erweiterung verwendet, also nicht im Konsum verbraucht wird, die — Ersparnisse mithin, stellen die dringend notwendige „Kapitalneubildung" dar.

In der Sammlung und Weiterleitung dieses Neukapitals, dieser Ersparnisse spielen die deutschen Sparkassen — sie nicht allein — eine wichtige, mit den Jahren nach der Inflation erfreulich steigende Rolle. Besonders beim Realkredit, also dem Hypothekenwesen. Nach dem Zusammenbruch der Inflationszeit schuf die Aufwertungsgesetzgebung hier wieder einen festen Boden. Wurde es doch erst mit der Stabilisierung der Währung überhaupt wieder möglich, zu sparen — und da bedeutet es doch einen großen, bedeutsamen Fortschritt, daß seit 1924 trotz erheblicher Konkurrenz durch andere Einrichtungen und trotz des Druckes der Reparationslasten, trotz wirtschaftlicher Nöte und Krisen doch das Sparkapital bei den Sparkassen von 608 auf 8190 Millionen gestiegen ist. Freilich ist dieses Niveau zahlenmäßig gesehen nur halb so hoch wie im letzten Vorkriegsjahr und noch niedriger jenem gegenüber, wenn man die heutige Kaufkraft des Geldes der damaligen gegenüberstellt. Aber nicht nur für den langfristigen Realkredit sind die Summen, über die die Sparkassen verfügen, von allergrößter Wichtigkeit — mehr als die Hälfte jener acht Milliarden sind in Hypotheken angelegt —, sondern aus diesem Reservoir schöpfen auch noch andere Kreditnehmer. So Kommunen, die geldbedürftig sind und deswegen den Anleiheweg beschreiten, Hypothekenbanken, die ihre Pfandbriefe verkaufen wollen, auch kurzfristige Kreditwünsche öffentlicher Körperschaften jeder Art treten an die Sparkassen heran. Und schließlich bleiben deutsche Staaten, in letzter Zeit auch das Reich nicht im Hintergrund, sondern haben die Mittel der Sparkassen zum Teil sehr erheblich in Anspruch genommen. Das geht — leider — nicht immer ohne Verluste ab, weil die dann hereingenommenen Anleihepapiere bisweilen eine recht unangenehme Kursentwicklung nach unten aufgewiesen haben. Das alles zwingt natürlich den Sparkassenverwaltungen eine gewaltige finanzielle wie wirtschaftliche Verantwortung auf. Nicht bloß für den städtischen Grundbesitz ist die Art von größter Bedeutung, wie und wohin in den einzelnen Kanälen diese Riesensummen aus dem großen Reservoir hinausgeleitet werden, sondern auch die Landwirtschaft ist ganz gewaltig daran interessiert.

Diese, also die Verteilungsseite der Sparkassen, ist volkswirtschaftlich von nicht minder großer Bedeutung als die andere, also ihr Charakter als Sammelbecken für die Ersparnisse bis zur Mark und zum Groschen herunter. Bei der Verteilung, d. h. bei der Gewährung des Kredits, hat die Ausbreitung der Sparkassen jeder Art noch ihre besondere Bedeutung: die Verbindung vom Kreditnehmer zum Kreditgeber ist eine engere, persönlichere, die Sicherung des Kredits ist eine bessere, weil die wirtschaftlichen Verhältnisse des Kreditnehmers genauer bekannt und kontrollierbar sind, Zeiten der augenblicklichen Verlegenheiten andererseits nicht gleich unbedingt durch Kreditkündigung verschärft zu werden brauchen.

Leider verhindert aber die schwere, wirtschaftlich von Krisen immer wieder durchschüttelte, unter dem Druck der Reparationsverpflichtungen stehende Gegenwart eine ruhige Entwicklung des deutschen Sparkassenwesens. Hindert vor allem eine raschere Entwicklung nach oben. Nur langsam geht es aufwärts. Aber — es geht doch aufwärts.

Für Frieden und Arbeit

Stresemanns Rede in Genf.

Saargebiet, Paneuropa, Minderheitenproblem.

Die Montagsvollversammlung des Völkerbundes in Genf war in außergewöhnlicher Weise besucht; sowohl sämtliche Delegationen waren erschienen, wie sich auch die Zuschauertribünen bis auf den letzten Platz gefüllt hatten, da die mehrmals angekündigte Rede des deutschen Reichsaußenministers Dr. Stresemann auf der Tagesordnung stand. Dr. Stresemann nahm alsbald nach der Eröffnung das Wort. Er wurde beim Erscheinen durch Zurufe lebhaft begrüßt und des öfteren durch Beifall unterbrochen. Eine große Menschenmenge hatte sich auf der Straße vor dem Sitzungssaal angesammelt, der die Rede durch Lautsprecher übermittelt wurde. Nach Beendigung seiner Ansprache wurde Dr. Stresemann von den Delegierten der anderen Staaten beglückwünscht. Die Menge vor dem Sitzungssaal brach während der französischen Übersetzung mehreremal in Beifall aus.

Der Reichsaußenminister nahm das Ergebnis der Haager Konferenz zum Ausgangspunkt seiner Ausführungen. In Deutschland, sagte er, sei jeder Volksgenosse in jedem Augenblick sich darüber klar gewesen, um was es ging.

Die höchsten deutschen Lebensinteressen hätten auf dem Spiele gestanden. Aus diesem Grunde wäre es begreiflich, wenn jetzt wenige Tage nach dem Abschluß in der deutschen Öffentlichkeit noch kein fertiges und einheitliches Urteil zutage träte.

Aber von einem Kardinalpunkt müsse er hier sprechen, da er mit der Grundlage der Institution des Völkerbundes in enger Berührung stehe, mit der Grundlage der Freiheit und der Unabhängigkeit seiner Mitglieder. Dieser Punkt sei die nun endlich beschlossene Erfüllung des deutschen Verlangens, das deutsche Staatsgebiet von militärischer Besetzung befreit zu sehen. Wenn man davon spreche, könne man aber nicht daran vorübergehen, daß ein anderer Teil deutschen Landes noch unter nichtdeutscher Verwaltung stehe.

das Saargebiet.

Auch zur Beseitigung dieses Zustandes seien jetzt die ersten Schritte getan, um so wirklich den Gedanken der Liquidierung des Krieges durchzuführen. Alle die Barrieren, sagte Dr. Stresemann, die seit dem Ende des Krieges trennend zwischen Deutschland und seinen westlichen Nachbarn standen. So wird der Weg frei, um die Zusammenarbeit zwischen Deutschland und seinen einstigen Kriegsgegnern zu ermöglichen. Dr. Stresemann begrüßte den siegreichen Fortschritt der Schiedsgerichtsidee. Es sei in der Tat notwendig, den Kellogg-Pakt mit den Völkerbundbestimmungen in Einklang zu bringen. Alle Dinge müßten geklärt werden, die für die Auffassung über Recht und Unrecht in den höchsten Fragen der Völkerbeziehungen entscheidend sind. Der Aufruf Briands und sein Appell an die Jugend in dieser Beziehung müßten Bestandteil der Erziehungsbücher werden. Aber noch ein anderes Kapitel stehe im Vordergrund — fuhr der Minister fort —, das sei

die allgemeine Abrüstung.

Er könne darauf verzichten, früher Gesagtes im einzelnen zu wiederholen. Mit größtem Interesse verfolge Deutschland den Gang der zwischen den großen Seemächten schwebenden Verhandlungen in dieser Beziehung. Aber die deutschen Vertreter müßten fordern, daß mit dem gleichen tatkräftigen Willen nun auch die Arbeiten an der Abrüstung zu Lande gefördert werden. Die Genfer Abrüstungsarbeiten seien bisher nicht genügend vorwärtsgeschritten. Nachdem nun aber die Erledigung der aus dem Weltkrieg herrührenden Fragen in greifbare Nähe gerückt ist, dürfe die Gefahr bei mangelnder Förderung der Abrüstung zu Lande nicht aus dem Auge verloren werden. Das große Ziel sei die Verhinderung jeder Kriegsmöglichkeit und die allgemeine Abrüstung mit fortschreitender Entwicklung auf friedlichem Wege. Eine andere wichtige Aufgabe sei der

Schutz der Minderheiten.

An Hand der gemachten Erfahrungen müsse man sich darüber klar werden, ob nicht frühere Beschlüsse in dieser Hinsicht berichtigt oder ergänzt werden müßten. Eine Verbesserung des bisherigen Zustandes sei eingeleitet, wenn auch nicht alle Wünsche, die namentlich von deutscher Seite vorgebracht wurden, erfüllt wurden. Der Völkerbund dürfe sich nicht auf die Erledigung einzelner Beschwerden beschränken. Er zweifle nicht daran, daß der Bund keineswegs zögern werde, die geschaffene Regelung durch weitere Verbesserungen zu ergänzen. In der Stellungnahme zu dem Minderheitenproblem sei kein Unterschied zwischen interessierten und nichtinteressierten Staaten. Er hoffe, daß ein besonderes Organ des Völkerbundes für diese Gebiete geschaffen wird. Nun kommt der Minister auf die von Briand angeregte Idee der Schaffung eines

vereinigten Europas.

Er möchte diesen Plan nicht etwa betrachten wie jene, die von romantischen Einfällen und von Utopien reden. Weshalb sollte der Gedanke, dasjenige, was die europäischen Staaten einigen könne, zusammenzufassen, von vornherein unmöglich sein? Natürlich lehne er politische Gedanken ab, die sich etwa mit irgendeiner Tendenz gegen andere Erdteile wenden würden.

Aber andererseits erscheine es geradezu grotesk, daß die wirtschaftliche Entwicklung Europas nicht vorwärts-, sondern rückwärtsgegangen sei. Diese Frage werde sich nicht mit Hurra lösen lassen, aber sie gehöre zu den großen Möglichkeiten der Zukunft und könne ruhig in Angriff genommen werden. Wie die Zollinien innerhalb übereinstimmender Volksgenossenschaften früherer Zeit, wie etwa in Deutschland vor dem Zollverein, heute belächelt werden, so gebe es tatsächlich innerhalb des neuen Europas noch Dinge, die einen ganz ähnlichen Eindruck machten.

Zum Schluß kommt Dr. Stresemann nochmals auf die Heranziehung der Jugend zu sprechen, für die sich Briand eingesetzt habe. Hier sei wirklich Raum für große Ideen. Nicht, wie man früher angenommen habe, nur für die Wege der Hinlenkung zum kriegerischen Heroismus, den man der Jugend vermitteln müsse, sondern es böten sich genügend Möglichkeiten, an die Siege der Menschheit zu denken, die über der Lehre der gegenseitigen Bekämpfung stünden. Die Gegensätze müßten überbrückt, nicht verschärft werden. Die etwaigen technischen Kriege der Zukunft gäben sowieso wenig Platz zum Heroismus. Man könne allerdings nur langsam arbeiten; es sei nach den Worten Schillers ein Fleiß notwendig, der langsam schaffe, doch nie zerstöre, der zu dem Bau der Ewigkeiten Sandkorn auf Sandkorn reihe, aber von der großen Schuld der Zeiten Minuten, Tage, Jahre streiche.

Nach der Rede Stresemanns sprach der italienische Delegierte Scialoja, der mitteilte, daß er die Anerkennung der obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit durch Italien unterzeichnet habe. Dann wurde die Sitzung des Völkerbundes geschlossen. — Nachmittags fand die Neuwahl zum Völkerbundrat statt.

Paneuropa in Genf.

Eine wichtige Besprechung der Außenminister.

Auf Einladung des französischen Ministerpräsidenten Briand fand in Genf ein Frühstück statt, an dem die ersten Delegierten der europäischen Staaten teilnahmen. An dieses Frühstück schloß sich eine Erörterung der wirtschaftlichen Vereinigten Staaten von Europa an. Es sprachen zu diesem Thema der französische Ministerpräsident Briand, der deutsche Reichsminister des Äußeren, Dr. Stresemann, der englische Außenminister Henderson, der schweizerische Delegierte Motta, der belgische Außenminister Hymans und der österreichische Delegierte von Streeruwitz. Das von Briand gestellte Thema wurde sehr ernst, sehr lebhaft diskutiert. Als Resultat der Besprechung wurde Briand gebeten, seine Ideen und die Ergebnisse dieser Diskussion in einem Memorandum zusammenzufassen und den beteiligten Außenministern zuzustellen. Die Außenminister werden an Hand dieses Memorandums mit ihren Regierungen Fühlung nehmen und man wird an einem noch zu vereinbarenden Zeitpunkt diese Diskussion über dieses Thema fortsetzen.

Explosion auf einem Tankschiff

Bisher 10 Tote

Amsterdam, 9. September. Am Montag mittag brach auf dem englischen Tankschiff „Vimeira" im Hafen von Rotterdam wahrscheinlich infolge einer Explosion ein Brand aus. Von den etwa 50 an Bord befindlichen Arbeitern stürzten sich viele ins Wasser. Für die Arbeiter, die im Innern beschäftigt waren, war keine Rettung möglich. Die Leichen von zwei Arbeitern wurden furchtbar entstellt aus dem Wasser gezogen. Der Brand hat in dem gesamten Hafen ein gewaltiges Aufsehen erregt. Das Tankschiff „Vimeira" war aus Glasgow am Sonntag abend um 7 Uhr in Rotterdam angekommen, um bei der niederländischen Trockendockgesellschaft repariert zu werden. Das Schiff war leer. Am Montag vormittag begaben sich 50 Arbeiter der Trockendockgesellschaft an Bord, um das Schiff zu reinigen. Das englische Tankschiff „Vimeira" ist 5728 Tonnen groß. Im Juli dieses Jahres lief es bei Halifax auf eine Klippe auf, wobei es schwer beschädigt wurde. Nach einer vorläufigen Ausbesserung der Schäden in Halifax traf es schließlich in Rotterdam ein.

Die Entstehungsursache des Brandes ist in einer Explo-

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF